

Schmidt, Christoph M.; aus dem Moore, Nils

Research Report

Quo vadis, Ökonomik?

RWI Positionen, No. 30

Provided in Cooperation with:

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

Suggested Citation: Schmidt, Christoph M.; aus dem Moore, Nils (2009) : Quo vadis, Ökonomik?, RWI Positionen, No. 30, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/52591>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Positionen

Christoph M. Schmidt
Nils aus dem Moore

Quo vadis, Ökonomik?

#30 vom 22. Mai 2009

Impressum

Vorstand des RWI

Prof. Dr. Christoph M. Schmidt (Präsident)
Prof. Dr. Thomas K. Bauer
Prof. Dr. Wim Kösters

Verwaltungsrat

Dr. Eberhard Heinke (Vorsitzender);
Dr. Henning Osthues-Albrecht; Dr. Rolf Pohlig; Reinhold Schulte
(stellv. Vorsitzende);
Prof. Dr.-Ing. Dieter Ameling; Manfred Breuer; Oliver Burkhard;
Dr. Hans Georg Fabritius; Dr. Thomas Köster; Dr. Wilhelm Koll;
Prof. Dr. Walter Krämer; Dr. Thomas A. Lange; Tillmann Neinhaus;
Hermann Rappen; Dr.-Ing. Sandra Scheermesser

Forschungsbeirat

Prof. Michael C. Burda, Ph.D.; Prof. David Card, Ph.D.; Prof. Dr. Clemens Fuest;
Prof. Dr. Justus Haucap; Prof. Dr. Walter Krämer; Prof. Dr. Michael Lechner;
Prof. Dr. Till Requate; Prof. Nina Smith, Ph.D.

Ehrenmitglieder des RWI

Heinrich Frommknecht; Prof. Dr. Paul Klemmer †; Dr. Dietmar Kuhnt

RWI Positionen

Herausgeber:
Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung
Hohenzollernstraße 1-3, 45128 Essen, Tel. 0201-8149-0

Alle Rechte vorbehalten. Essen 2009

Schriftleitung:
Prof. Dr. Christoph M. Schmidt

Redaktion:
Nils aus dem Moore,
Tel.: 030-2021598-15, nils.ausdemmoore@rwi-essen.de

Konzeption und Gestaltung:
Julica Marie Bracht, Daniela Schwindt, Benedict Zinke

Die RWI Positionen im Internet: www.rwi-essen.de/positionen



Positionen

Christoph M. Schmidt,
Nils aus dem Moore

Quo vadis, Ökonomik?

#30 vom 22. Mai 2009

ISBN 978-3-86788-123-4

Position #30 vom 22. Mai 2009



Christoph M. Schmidt

Präsident des RWI in Essen, Professor für Wirtschaftspolitik und angewandte Ökonometrie an der Ruhr-Universität Bochum, Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Research Fellow des Centre for Economic Policy Research (CEPR) in London und des Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) in Bonn.

Nils aus dem Moore

Referent für wirtschaftspolitische Kommunikation im Berliner Büro des RWI und Wissenschaftler im Kompetenzbereich „Öffentliche Finanzen“.

Nils aus dem Moore ist Ihr Ansprechpartner zu dieser Position, Tel.: 030-2021598-15, nils.ausdemmoore@rwi-essen.de



Quo vadis, Ökonomik?

Christoph M. Schmidt und Nils aus dem Moore¹

Zusammenfassung

Die zur Weltrezession ausgeweitete Finanzmarktkrise setzt im öffentlichen Diskurs auch die Wirtschaftswissenschaften unter Druck, ihre Erklärungs- und Beratungskompetenz werden bezweifelt. In Deutschland kulminiert die Debatte in einem leidenschaftlichen Streit um die künftige Ausrichtung der Fakultäten für Volkswirtschaftslehre. Vertreter der traditionellen Ordnungsökonomik kritisieren, dass an den Universitäten die Mathematik dominiere und wirtschaftspolitische Fragen an den Rand gedrängt würden.

Die Diskussion geht jedoch genau an dieser Stelle völlig ins Leere, da es diesen Gegensatz bei genauerem Hinsehen gar nicht gibt. Die aus ordnungspolitischer Warte vorgebrachte Kritik an der Formalisierung von Theorien und ihrer empirischen Überprüfung mithilfe quantitativer Verfahren beruht auf einer stark selektiven Wahrnehmung der gegenwärtigen Wissenschaftspraxis. Noch nie waren große Teile der ökonomischen Forschung so praxisbezogen wie heute. Denn Mathematisierung und Realitätsbezug sind keine Gegensätze, sie bedingen sich in der empirischen Wirtschaftsforschung geradezu gegenseitig: Nur wer die entsprechenden statistischen Verfahren beherrscht, kann in der vielschichtigen ökonomischen Realität relevante Zusammenhänge erkennen oder die spezifischen Auswirkungen wirtschaftspolitischer Maßnahmen ermitteln.

Die Volkswirtschaftslehre als akademische Disziplin an deutschen Universitäten ist daher gut beraten, sich am angelsächsischen Dreiklang „Mikroökonomik – Makroökonomik – Ökonometrie“ zu orientieren – als unabdingbarem Grundgerüst der modernen Ökonomik. Auf dieser Basis ausgebildete Ökonomen verfügen über die notwendigen Voraussetzungen, um systemische Zusammenhänge aufzuklären und der Politik bei der Bewältigung großer wirtschaftspolitischer Herausforderungen zu helfen.

¹ Die Autoren danken Thomas K. Bauer für wertvolle Hinweise und Anregungen. – Eine kürzere Fassung dieser Position ist am 22. Mai 2009 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Ordnung der Wirtschaft, erschienen.

1. Von der Finanzmarktkrise zur „Austrocknung der Ordnungspolitik“?

Die zur Weltrezession ausgeweitete US-Finanzmarktkrise setzt im öffentlichen Diskurs auch die Wirtschaftswissenschaften unter Legitimationsdruck – im angelsächsischen Hochschulraum ebenso wie in Europa (Naím 2009). In Deutschland hat diese Selbstvergewisserung über Grundannahmen, Forschungsfragen und die zu ihrer Beantwortung eingesetzten Methoden jedoch einen merkwürdigen Sonderweg eingeschlagen: Unter dem Slogan „Austrocknung der Ordnungspolitik“ ist ein Streit über die angemessene Behandlung von Fragen der Wirtschaftspolitik ausgebrochen. Die jüngsten Berufungsentscheidungen der Fakultät für Wirtschaftswissenschaft an der Universität zu Köln, einer traditionellen Hochburg ordnungspolitischen Denkens, stehen beispielhaft im Mittelpunkt der Diskussion. Mit einer Gruppenberufung von hervorragenden Nachwuchswissenschaftlern will die Fakultät sechs vakante Lehrstühle zu einem international konkurrenzfähigen Forschungsschwerpunkt für Makroökonomik aufbauen (Storbeck 2009a). Auch traditionell der Ordnungspolitik gewidmete Lehrstühle würden in dieser Makrogruppe aufgehen, die wie ein angelsächsisches Department ohne strikte Grenzen zwischen den einzelnen Lehrstühlen organisiert sein soll.

Doch gegen dieses Konzept richtet sich erbitterter Widerstand (Plickert 2009): Der von den emeritierten Professoren Watrin und Willgerodt ausgehende Protest hat sich zu einer medialen Debatte ausgeweitet, die im gemeinsamen Aufruf von 83 Professoren der Volkswirtschaftslehre „Rettet die Wirtschaftspolitik an den Universitäten!“ mündete (Aberle et al. 2009). Grundsätzlich geht es dabei um die allgemeine Tendenz deutscher Wirtschaftsfakultäten, bei der Neuausrichtung nicht länger den im deutschen Sprachraum üblichen Dreiklang „Wirtschaftstheorie – Wirtschaftspolitik – Finanzwissenschaft“, sondern zunehmend den international üblichen, angelsächsisch geprägten Dreiklang „Mikroökonomik – Makroökonomik – Ökonometrie“ zu verfolgen. Inhaltlich spitzt sich die Kontroverse auf die Frage zu, ob in der modernen Wirtschaftswissenschaft zu viel Mathematik und zu wenig das Denken in großen Zusammenhängen verfolgt wird.

Diese RWI Position argumentiert, dass es für Forschung und Lehre keine sinnvolle Alternative zur quantitativen Orientierung gibt. Die folgenden Abschnitte stellen zunächst knapp die wichtigsten Kritikpunkte der Ordnungspolitiker vor, legen anschließend die Erkenntispotenziale und Grenzen der quantitativ ausgerichteten Wirtschaftsforschung dar und formulieren abschließend unsere Position zur Frage „Quo vadis, Ökonomik?“.

2. Die Kritik der Ordnungspolitiker an der Mainstream-Ökonomik

An den ökonomischen Fakultäten deutscher Hochschulen schwelt schon länger ein Streit um die Ausrichtung der Ökonomik im Spannungsfeld zwischen ordnungspolitischen Traditionalisten einerseits und den Vertretern einer quantitativen Ausrichtung andererseits, die den wissenschaftlichen Fortschritt nicht in philosophiegestützten Plausibilitätsüberlegungen suchen, sondern im Wechselspiel aus der formalen Ableitung möglichst präziser Hypothesen und ihrer anschließenden empirischen Überprüfung². Dieser alte Streit um das angemessene Maß an Mathematik begleitet die Disziplin seit den Tagen von Léon Walras (1834–1910). Doch in der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise erblicken die Hüter des Status quo ante offenbar eine große Chance, um medienwirksam den „Bankrott der Ökonomen“ (Horn 2008), das „Waterloo der Ökonomik“ (Hüther 2009) oder die „Wertlosigkeit“ (Willgerodt 2009) der modernen Volkswirtschaftslehre auszurufen und auf dieser Basis für die Renaissance der Ordnungsökonomik an deutschen Fakultäten zu trommeln. Der Mainstream-Ökonomik wird dabei der Vorwurf gemacht, sie trage „als Wegbereiter der Politik (...) eine gehörige Mitschuld daran, dass es so weit hat kommen können“, denn „wissenschaftliche Selbstüberschätzung und politischer Machbarkeitswahn sind im modernen Mainstream der Ökonomie eine unheilvolle Allianz eingegangen.“ (Horn 2008, 54).

Obwohl Entstehen und Ausbreitung der aktuellen Wirtschaftskrise mit Sicherheit überhaupt nicht davon berührt wurden, welche Ausrichtung die Lehrstühle der Volkswirtschaftslehre in Deutschland verfolgen, wird die Finanzkrise als Kronzeuge für eine verfehlte Ausrichtung des Faches herbeizitiert:

Die Finanzkrise ist zugleich eine Krise des derzeit dominanten Wirtschafts- und Lebensstils und auch – das muss unumwunden eingeräumt werden – der modernen Volkswirtschaftslehre. (...) Ökonomen nehmen immer weniger wahr, was um sie herum vorgeht. Sie reduzieren ökonomische Realität auf statistische Zeitreihen. Diese können uns helfen zu erklären, was passiert ist, nicht aber zu erkennen, was sich zusammenbraut. Was nicht in gerade modischen, mathematisch gefassten Modellen behandelt wird, existiert nicht mehr. Was keine Chancen hat, in US-amerikanischen Journals publiziert zu werden, wird beiseite geschoben. Weil sich die Zunft der Ökonomen nicht mehr um das kümmert, was „jenseits von Angebot und Nachfrage“ liegt, kann sie sich kein umfassendes Bild mehr von Wirtschaft und Gesellschaft machen. Wer die einschlägigen Journale durchblättert oder die von der Europäischen Zentral-

² Einen guten Überblick verschiedener Positionen in dieser Debatte geben die Beiträge von Lucke, Fuest, Goldschmidt, Wagner und Priddat im „Zeitgespräch: Abkehr von der Ordnungspolitik in der Ökonomie?“, erschienen im Wirtschaftsdienst 1/2006.

Position #30 vom 22. Mai 2009

bank publizierten Aufsätze studiert, wird Wilhelm Röpke recht geben, dass das meiste, was da „unter dem großmäuligen Titel der modernen Ökonomie“ getrieben werde, ein „riesenhafter szientistischer Leerlauf“ sei. (Starbatty 2009, 21-22).

Drei Kritikpunkte an der Entwicklung der „Mainstream-Ökonomik“ werden hier angesprochen: Die Formalisierung der Disziplin („modische, mathematisch gefasste Modelle“), die Quantifizierung von Zusammenhängen durch ökonometrische Methoden („reduzieren ökonomische Realität auf statistische Zeitreihen“), und die zunehmende Internationalisierung („Chancen hat, in US-amerikanischen Journals publiziert zu werden“). Obwohl sich die stetige Ausdifferenzierung und Weiterentwicklung der Ökonomik mit diesen drei Schlagworten eher schlecht als recht beschreiben lässt, sollen sie im Folgenden auf ihre Stichhaltigkeit überprüft werden. Tragen diese drei Trends wirklich dazu bei, dass „Ökonomen immer weniger wahrnehmen, was um sie herum vorgeht“, sie also mithin eine realitätsferne und dadurch letztlich irrelevante Wissenschaft betreiben, einen „riesenhaften szientistischen Leerlauf“? Dass sich jüngere Ökonomen, wie von Willgerodt (2009) gebrandmarkt, als „allein an ihrer persönlichen Karriere interessierte Nichtwähler“ vor allem in „wissenschaftliche Schneckenhäuser“ zurückziehen, statt sich mit den wirklich wichtigen Fragen zu befassen? Und, wenn sie sich doch einmal auf die Politikberatung einlassen, als „bloße Instrumentenbauer“ einer numerisch berechneten Wirtschaftspolitik anhängen und als naive Technokraten gar „planwirtschaftlichen Illusionen“ Vorschub leisten?³

Inhaltlich spitzt sich die Kontroverse auf die Frage zu, ob in der modernen Wirtschaftswissenschaft, die mittlerweile an den deutschen Universitäten dominiert, zu viel Mathematik und zu wenig das Denken in großen Zusammenhängen verfolgt wird. Die Diskussion geht jedoch genau an dieser Stelle völlig ins Leere, da es diesen Gegensatz bei genauerem Hinsehen gar nicht gibt. Das Denken in großen Zusammenhängen ist in der Tat nach wie vor eine der größten Herausforderungen für die Disziplin, denn einzelwirtschaftliche Analyse allein kann die Fragen nach dem besten ordnungspolitischen Rahmen und nach der angemessenen Form staatlicher Eingriffe ins Wirtschaftsgeschehen nicht ersetzen. Genau diese Fragen – und somit auch die Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaftslehre im Umgang mit großen Herausforderungen – stehen mit der aktuellen Wirtschaftskrise tatsächlich im Vordergrund. Diese Aufgabe lässt sich jedoch nicht dadurch meistern, dass man auf die Vorzüge verzichtet, die aus der in den vergangenen Jahrzehnten erfolgten Mathematisierung des Fachs zu schöpfen sind. Erst die Mathematik zwingt der theoretischen Analyse in komplexen Zusammenhängen

³ *„Wirtschaftspolitik, wenn es sie schon geben muss, soll nach den Wünschen dieser Positivisten nicht rahmensetzend und ordnend, sondern allein numerisch berechnet sein. Soll an die Stelle von Adam Smith als Stammvater der Volkswirtschaftslehre jetzt Henri de Saint-Simon mit seinen planwirtschaftlichen Illusionen treten?“ (Willgerodt 2009).*

die Disziplin auf, inhaltlich konsistent zu argumentieren, und sie legt der empirischen Forschung jene wissenschaftliche Bescheidenheit nahe, die einer weitgehend nicht-experimentellen Vorgehensweise angemessen ist.

3. Möglichkeiten und Grenzen der modernen Wirtschaftsforschung

Was aber macht die moderne Wirtschaftsforschung aus? Im modernen Wirtschaftsleben fügen sich die Wünsche, Entscheidungen und Handlungen einer Vielzahl unterschiedlichster Akteure in ein komplexes Ganzes (dieser Abschnitt folgt weitgehend Bauer et al. 2009, 1-2). Ihr Zusammenspiel lässt sich daher ohne ein mathematisch-formales, modellgestütztes Vorgehen nur selten zufriedenstellend analysieren. Das gilt gleichermaßen für die theoretische Analyse, vor allem wenn es um das Verständnis strategischer Interaktionen der Akteure geht, wie auch für die empirische Wirtschaftsforschung bzw. die angewandte Ökonometrie. Die Ökonometrie benötigt man in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften vor allem deswegen, weil Ökonomen empirische Belege für und wider ihre theoretischen Argumente in der Regel nicht im Labor sammeln können. Die Herausforderung ist daher häufig, nicht-experimentell erhobenes Datenmaterial so auszuwerten, dass die Antwort derjenigen des leider nicht durchführbaren „idealen“ Zufallsexperiments nahe kommt (siehe dazu auch Schmidt 2009).

Das Vorbild dieser Methoden sind Experimente, wie man sie aus der klinischen Forschung kennt. Dabei werden die Teilnehmer nach dem Zufallsprinzip in zwei Gruppen aufgeteilt, die entweder das Medikament oder ein Placebo erhalten. Systematische Abweichungen im Krankheitsverlauf zwischen der Behandlungs- und der Kontrollgruppe sind dann ein Beleg für den kausalen Effekt des neuen Wirkstoffs. Ökonomen imitieren diese Logik, um in der komplexen Realität des Wirtschaftsgeschehens die Wirkungen politischer Maßnahmen zu identifizieren. Können Langzeitarbeitslose durch aktive Arbeitsmarktpolitik wieder ins Erwerbsleben integriert werden? Kehren Mütter durch das neue Elterngeld schneller in den Beruf zurück? Verschlechtert die Privatisierung eines Krankenhauses die Versorgungsqualität der Patienten? Auf diese und viele andere Fragen, bei denen das Interesse der Wirtschaftspolitik nicht nur aber vor allem in der quantitativen Dimension des erforschten Problems liegt, können ordnungspolitische Grundsatzüberlegungen überhaupt keine Antwort geben. Aber selbst für ein Grundsatzurteil etwa über die Frage, welche Rolle die verschiedenen Träger im deutschen Gesundheitswesen spielen sollten, ist heute die empirische Fundierung unabdingbar, wenn das Argument sich anschließend in der unvermeidlichen Auseinandersetzung zwischen Politik, Verbänden und privatwirtschaftlichen Akteuren behaupten können soll. Allgemein gilt, wie Bachmann/Uhlig (2009) zutreffend formulieren:

Position #30 vom 22. Mai 2009

„Viele interessante wirtschaftspolitische Fragestellungen sind nicht schwarz oder weiß, sondern grau und ihrem Wesen nach quantitativ.“ Für Gesellschaften, die dem Erbe der Aufklärung folgen und sich bei Entscheidungen nicht an religiösen Dogmen oder ideologischen Vorgaben orientieren wollen, gibt es daher keine sinnvolle Alternative zur evidenzbasierten Politik.

Dabei sind sich moderne (empirische) Wirtschaftsforscher, wenn sie ihr Handwerk verstehen, über eines völlig klar: Nicht alles, was in Formeln gekleidet und in Zahlen ausgedrückt ist, beflügelt das Verständnis. Eine gelungene ökonomische Modellierung betont die grundlegenden Zusammenhänge und schließt irrelevante Aspekte aus der Betrachtung aus. Für die ökonomische Theorie wie für die empirische Analyse gilt dabei gleichermaßen, so einfach wie möglich und so komplex wie nötig vorzugehen: Gute Wissenschaft zeichnet sich dadurch aus, dass sie dabei die richtige Balance findet, nicht dadurch, dass sie durch formales „Muskelspiel“ möglichst viele vom Verständnis ausschließt. Weder für eine zu geringe Sparsamkeit noch für das Vernachlässigen relevanter Aspekte kann es eine Entschuldigung geben. Die quantitativ orientierte Forschung ist dabei keineswegs blind für institutionelle Details, wie oft unterstellt wird, im Gegenteil: Für den empirischen Wirtschaftsforscher sind institutionelle Faktoren eine wichtige Quelle für Variation in den jeweiligen Daten, ihre Kenntnis und Berücksichtigung ist daher unabdingbare Voraussetzung bei der Formulierung eines überzeugenden Forschungsdesigns. Der entscheidende Gradmesser für gute Forschung ist somit immer, wie gut die inhaltliche Fragestellung adressiert wird, nicht die Frage, ob ein Forscher komplexe Methoden anwenden kann. Aber beherrschen muss er diese Methoden schon, da wissenschaftliche Fragestellungen den Einsatz dieser komplexeren Modelle notwendig machen können und man ohne Kenntnis dieser Methoden die Notwendigkeit ihres Einsatzes nicht beurteilen kann.

Wie sehen diese relevanten Fragen aus? Zu den ureigensten Aufgaben der Wirtschaftswissenschaften gehört zum einen die Erklärung menschlichen Verhaltens – wie und warum entscheiden sich Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen angesichts der unabwendbaren Knappheit von materiellen und immateriellen Gütern? Zum anderen ist häufig die Prognose künftiger Entwicklungen gefordert. Bei beiden Aufgaben, der Erklärung von Ursache und Wirkung sowie der Vorhersage, steht der Wirtschaftswissenschaftler typischerweise einer auf den ersten Blick nahezu überwältigenden Datenfülle gegenüber. Ein erster Schritt und oft ein ernsthaftes eigenes Ziel ist daher die einfache Beschreibung des Beobachtbaren in möglichst sparsamer und dennoch umfassender Weise. Für jede dieser drei Aufgaben – Beschreibung, Prognose und Erklärung – gibt es eine oder mehrere

Quo vadis, Ökonomik?

angemessene Vorgehensweisen (Studiendesign). Aus der vorliegenden Datenfülle müssen dabei immer diejenigen Elemente herausgefiltert und sinnvoll miteinander verknüpft werden, die für die jeweilige Fragestellung wichtig sind.

Die intellektuell größte Herausforderung ist in der Regel die Erklärung von Ursache und Wirkung. Die ökonomische Theorie kann dabei helfen, logisch in sich geschlossene und plausible Ansätze unter den möglichen Erklärungen herauszufiltern. Die empirische Analyse völlig ersetzen kann die Theorie jedoch nicht. Ebenso ist das bei der Interpretation empirischer Resultate häufig zu beobachtende mutige Hinauspreschen über das, was das Studiendesign an Erkenntnissen erlaubt, hin zu handlungsrelevanten Aussagen mehr eine Reflektion von Wunsch und Vorstellung, als wissenschaftliche Erkenntnis. Derartige Fehleinschätzungen der Möglichkeiten und Grenzen der empirischen Analyse ließen sich vermeiden, wenn bei Anbietern und Nachfragern empirischer Resultate das Verständnis über die zentrale Rolle des Studiendesigns ausgeprägter wäre. Diese Lehrinhalte sind glücklicherweise an einer wachsenden Zahl von (fachlich führenden) Universitäten elementare Bestandteile eines modernen Studiengangs der Volkswirtschaftslehre.

Die aus ordnungspolitischer Warte vorgebrachte Kritik an der Formalisierung von Theorien und ihrer empirischen Überprüfung mithilfe quantitativer Verfahren beruht angesichts der oben beschriebenen Wissenschaftspraxis auf einer stark selektiven Wahrnehmung der gegenwärtigen Mainstream-Ökonomik. Natürlich gibt es Theoretiker, die den „Formalisierungsehrgeiz“ (Vanberg 2009) auf die Spitze treiben und sich in den artifiziellen Welten ihrer Modelle verlieren, ebenso wie Empiriker, die vom „Quantifizierungsehrgeiz“ (Vanberg 2009) getrieben ihre Forschungsfragen einzig und allein an der Verfügbarkeit verwertbarer Daten ausrichten. Doch insgesamt stimmt das Urteil des kundigen Beobachters vom Handelsblatt: „Noch nie waren große Teile der ökonomischen Forschung so praxisorientiert wie heute. Immer mehr Ökonomen stehen mit ihrer Arbeit mitten im Leben.“ (Storbeck 2009b).

Zu dieser Entwicklung haben gerade Formalisierung und Quantifizierung maßgeblich beigetragen: Weil formale Modelle in der Regel zu überprüfaren Hypothesen führen, können ihre Aussagen häufig mit empirischen Methoden in der realen Welt getestet werden. Mathematisierung und Realitätsbezug sind insofern keine Gegensätze, sie bedingen sich in der empirischen Wirtschaftsforschung geradezu gegenseitig: Nur wer über die entsprechenden statistischen Verfahren verfügt, kann in der vielschichtigen ökonomischen Realität relevante Zusammenhänge erkennen oder die spezifischen Auswirkungen wirtschaftspolitischer Maßnahmen ermitteln (siehe dazu Schmidt 1999, 2007, 2009 sowie den Nobelpreisvortrag von Heckman 2001). Die bei vielen Anhängern der Ordnungsökonomik zu beobach-

tende Aggressivität gegenüber der Mathematik ähnelt insofern dem Verhalten eines Leseschwachen im Restaurant, der sich immer die Speisekarte vorlesen lässt, weil er vermeintlich die Brille nicht dabei hat. Hier äußert sich ein weitgehendes Unverständnis für die Entwicklungen, welche die Wirtschaftswissenschaften in den vergangenen Jahrzehnten genommen haben, vor allem aber eine gewisse Ohnmacht gegenüber neuen Methoden und Ansätzen.

Völlig verfehlt ist auch das Gleichsetzen von Ökonometrie und Planwirtschaft, so wie Willgerodt (2009) es unterstellt. Das Gegenteil ist richtig: Die moderne empirische Wirtschaftsforschung weigert sich zu Recht, der Gültigkeit „kausaltheoretischer Überlegungen“ (Willgerodt 2009) blind zu vertrauen, sondern sucht nach empirischen Strategien, um Belege für Ursachen und ihre Wirkungen zu sammeln. Es ist ihr daher sehr bewusst, dass ihr Erkenntnisobjekt einen eigenen Willen hat, dass die Ökonomik „keine zweite Physik“ ist (Vanberg 2009), sondern es sich bei der Volkswirtschaftslehre um eine Wissenschaft handelt, die sich mit menschlichem und daher nicht vollständig vorherzusagendem Verhalten beschäftigt. Unter dem Stichwort der „Heterogenität“ hat gerade das Wechselspiel von Mikroökonomie und Mikroökometrie unser Verständnis dafür gestärkt, dass oft nicht durchschnittliches Verhalten entscheidend ist, sondern die individuellen Abweichungen davon und der Blick auf Aggregate daher in die Irre führen kann. Natürlich liegen vor dem Hintergrund dieser Komplexität numerische Prognosen häufig sehr daneben. Wie man diesem Problem beikommen will, indem man weiterhin nur vage mündliche Beschreibungen der möglichen Entwicklungen anbietet, muss jedoch schleierhaft bleiben.

4. Der Frust der Altvorderen und die Zukunft der Ökonomik

Die Kontroverse um die (fehlende) Zukunft der Ordnungspolitik an deutschen Universitäten hat ihre Wurzeln offensichtlich auch in der wohl in allen wissenschaftlichen Disziplinen und zu allen Zeiten mehr oder weniger scharf zu Tage tretenden Frustration scheidender Generationen von Professoren über die Art und Weise, wie ihre Nachfolger „ihr“ Fach vertreten. Ein Teil dieser Frustration speist sich offenbar aus einem – möglicherweise nicht immer völlig unberechtigten – Gefühl, dass die eigenen Leistungen der Vergangenheit allzu schnell in Vergessenheit geraten sind und nicht (mehr) hinreichend gewürdigt werden. Dies wäre zwar menschlich schwer verzeihlich, könnte aber zweifellos behoben werden, ohne dass jüngere Fachkollegen gleichzeitig die Fortschritte der Disziplin verleugnen und wirtschaftswissenschaftliche Forschung in der vom Stand der Erkenntnis überholten Art ihrer Vorväter durchführen müssten. Auch in den Wirtschaftswissenschaften können die aktuellen Spitzenforscher nur deshalb ihre Erfolge erringen, weil sie auf den Leistungen ihrer Vorgänger aufbauen, und auch sie müssen wissen, dass die Zeit und die Entwicklung ihres Faches sie irgendwann überholen wird.

Quo vadis, Ökonomik?

Den Altvorderen Respekt und die verdiente Anerkennung entgegen zu bringen, ist somit nichts anderes als eine Selbstverständlichkeit. So ist sicherlich die Einschätzung zutreffend, dass die Ratschläge der Ordnungspolitik für Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg von allergrößter Bedeutung waren. Wie Willgerodt (2009) richtig feststellt, waren zwar damals das Massenelend und das lang anhaltende Fehlen persönlicher Freiheit offensichtlich, aber keineswegs die wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen daraus. Es kann kaum hoch genug gewürdigt werden, dass der Aufbau der Bundesrepublik auf dem Fundament einer freiheitlichen, marktorientierten Wirtschaftsordnung angestrengt wurde, trotz der damals offenbar sehr großen Skepsis der Bevölkerung und weiter Teile der geistigen Elite gegenüber einer Wirtschaft mit unregulierten Preisen und von den einzelnen Akteuren dezentral geplanten wirtschaftlichen Aktivitäten. Die gewaltige Erfolgsgeschichte, die aus dieser Grundsatzentscheidung heraus erwachsen ist, wird insbesondere im Kontrast zum wirtschaftlichen Versagen des Gegenentwurfs der DDR sichtbar.

In der Tat ist es, was die Mahner zu mehr ordnungspolitischem Denken offenbar stark bewegt, äußerst bedenklich, dass der über die sechs Jahrzehnte Bundesrepublik Deutschland so beispiellos gewachsene individuelle Wohlstand in unserem Land zumindest erheblich dazu beigetragen hat, dass Themen wie individuelle Freiheit, individuelle Verantwortung im politischen Prozess und Bekenntnis zu einer marktwirtschaftlichen Ordnung im Bewusstsein der Bevölkerung an Bedeutung verloren haben und zur Selbstverständlichkeit oder gar zu einer vermeintlichen Belastung mutiert sind. Vor allem muss man der intellektuellen Elite des Landes wohl unterstellen, dass sie sich weitgehend verweigert hat, ökonomische Sachverhalte in hinreichender Weise als Teil eines umfassenden Bildungsbegriffs zu verstehen. Es mutet wie eine Satire an, dass in Europas größter Volkswirtschaft die der Auflage nach führende Qualitätszeitung noch im Herbst der Weltwirtschaftskrise unter der Überschrift „Humboldt und die Konjunktur“ die Frage stellte: „Ist die Ökonomie eine Spezialwissenschaft oder gehört sie zur Allgemeinbildung?“ (Beise 2008). Und wenn Willgerodt (2009) früheren Generationen eher die Einsicht zubilligt, dass man eine sozial ausgleichende Gesellschaft nur auf der Basis eines wachsenden Sozialprodukts begründen und dieses Wachstum nicht mit Weinerlichkeit, sondern nur durch harte Arbeit erzielen kann, dann ist ihm wohl zuzustimmen. Ernüchternd ist insbesondere, wie schnell und gründlich offenbar das wirtschaftliche Versagen der DDR bei weiten Bevölkerungsteilen in Vergessenheit geraten konnte, von der Missachtung der DDR gegenüber individueller Freiheit und Menschenrechten ganz zu schweigen.

Die richtige Antwort auf diese Defizite in der ökonomischen Bildung besteht aber nicht darin, an allen oder möglichst vielen deutschen Universitäten gezielt Reservate einzurichten oder zu erhalten, an denen dann die Traditionspflege der

Position #30 vom 22. Mai 2009

deutschen Schule der Ordnungspolitik betrieben werden kann. Das damit fast zwangsläufig verbundene Schmoren im eigenen Saft und die immanente Tendenz zur Beschränkung auf Publikationen in deutscher Sprache können in einer Zeit, in der nicht nur die Wirtschaftswissenschaft, sondern auch und vor allem die reale Wirtschaftspolitik durch internationale Interaktionen geprägt sind, nur zu Irrelevanz und Isolation führen. Nicht ganz zu Unrecht werfen viele Wirtschaftswissenschaftler der Generation ihrer akademischen Lehrer vor, zu ihrer Zeit den internationalen Wettbewerb nur unzureichend gesucht zu haben. Es erscheint beispielsweise nahezu unfassbar, dass offenbar so mancher ältere Kollege nicht auf Englisch publiziert, obwohl die internationale Wissenschaftssprache seit Jahrzehnten Englisch ist. Zum Glück haben sich die Beteiligung deutscher Forscher an der internationalen Forschung und die Wahrnehmung deutscher Ökonomen im Ausland in den letzten zwanzig Jahren deutlich verbessert. Damit ist keineswegs eine Abkehr von ordnungspolitischen Fragen verbunden, wie Fuest (2006) zutreffend feststellt: „Insgesamt kann von einer Abkehr der Volkswirtschaftslehre von der Ordnungspolitik nicht die Rede sein. Eher von ungebrochenem Interesse an der Analyse wirtschaftspolitischer Themen, aber auf der Basis neuer und aktueller theoretischer und empirischer Methoden und in Begriffen, die in der internationalen wissenschaftlichen Diskussion verstanden werden.“

Die Beteiligung am internationalen Erkenntniswettbewerb ist dabei gerade auch für jene Volkswirte von zentraler Bedeutung, die sich in der Politikberatung engagieren: Nur die „scientific community“ kann die Qualität von Forschungsergebnissen bewerten, ein besseres Verfahren als das anonyme, ohne Kenntnis des Autors durchgeführte Begutachtungsverfahren durch qualifizierte Fachkollegen gibt es nicht (Wagner 2006, 20). Es ist ein gravierendes Missverständnis nicht nur der Ordnungspolitiker, sondern auch weiter Teile der Öffentlichkeit, dass Veröffentlichungen in referierten und in ihrer Mehrzahl englischsprachigen Fachzeitschriften für Praktiker und Politiker unmittelbar verständlich sein müssten. (Und übrigens eine Forderung, die niemand ernsthaft an andere Wissenschaften von großer sozialer und politischer Relevanz, etwa die Medizin oder die Biotechnologie, adressieren würde). Diese Publikationen dienen der Qualitätskontrolle des Wissenschaftlers, der seine Beratung deutscher Politiker natürlich in deutscher Sprache und mit einem Höchstmaß an Verständlichkeit zu liefern hat – etwas anderes wird von den Auftraggebern von Gutachten auch gar nicht akzeptiert.

Die Volkswirtschaftslehre als akademische Disziplin an deutschen Universitäten ist daher gut beraten, sich am angelsächsischen Dreiklang „Mikroökonomik – Makroökonomik – Ökonometrie“ zu orientieren – als unabdingbarem Grundgerüst der modernen Ökonomik. In jeder der drei Grunddisziplinen werden auch wirtschaftspolitische Fragen adressiert, als Ausgangs- und Zielpunkt theoretischer Modelle

Quo vadis, Ökonomik?

ebenso wie als Anwendungskontext der empirischen Wirtschaftsforschung. Darauf aufbauend bieten die führenden Fakultäten einen breiten Kanon an vertiefenden Disziplinen an, von Arbeitsmarkt-, Industrie-, Umwelt- und Entwicklungsökonomik über Finanzwissenschaft und Politische Ökonomie bis hin zu Wirtschafts- und Ideengeschichte. Auf dieser Basis ausgebildete Ökonomen beherrschen die Grundlagen ihres Faches und sie besitzen in ihren Spezialgebieten sowohl theoretische als auch anwendungsorientierte Kenntnisse (von Weizsäcker 2009). Sie verfügen damit über die Voraussetzungen, um im Team mit anderen Spezialisten aus dem In- und Ausland auch systemische Zusammenhänge aufzuklären und der Politik bei der Bewältigung großer wirtschaftspolitischer Herausforderungen zu helfen.

Wo Fakultäten trotzdem der Forderung nach „viel mehr Ordnungstheorie, viel mehr Sozialphilosophie“ (Horn 2009) bei der Neubesetzung von Lehrstühlen folgen wollen, steht es ihnen frei, dies zu tun. Unsere Vermutung ist jedoch, dass für die traditionelle Ordnungsökonomik das Diktum gilt, wonach gut eingeschlagene Wege am Ziel enden (Ritschl 2009). Mit der von Walter Eucken, Wilhelm Röpke und Alfred Müller-Armack geprägten Ordnungsökonomik wurde die deutsche Volkswirtschaftslehre nach diversen Holzwegen behutsam an die individualistische Wohlfahrtsökonomik des Westens herangeführt, ohne Formeln und Kurven, genau richtig für ein eher an historischen und philosophischen Untersuchungen geschultes Publikum. Doch mit der zunehmenden Komplexität des ökonomischen Denkens und den wirtschaftspolitischen Herausforderungen der Globalisierung konnte die im Kern aus wenigen „konstituierenden“ und „regulierenden“ Prinzipien bestehende Ordnungsökonomik nicht mitwachsen. Insofern überrascht es nicht, dass die großen wirtschaftspolitischen Trends der jüngeren Vergangenheit (Liberalisierung von Märkten, Privatisierung vormals öffentlicher Dienstleistungen, aktive Arbeitsmarktpolitik mit stärkeren Monitoring- und Sanktionsinstrumenten, zunehmend ökonomisch statt ausschließlich juristisch geprägte Wettbewerbsaufsicht etc.) fast ausnahmslos auf wirtschaftswissenschaftliche Inspirationen aus dem Ausland zurückgeführt werden können.

Wir sehen jenseits spezialisierter Institutionen wie dem seit 1954 bestehende Walter Eucken Institut in Freiburg und dem 2007 an der Zweigniederlassung des HWWI in Thüringen gegründeten Wilhelm-Röpke-Institut in Erfurt zwei Perspektiven für die Ordnungsökonomik: Erstens gebührt der ordo-liberalen Schule an den Universitäten ohne Frage ein glanzvoller Platz in Kursen zur deutschen Ideengeschichte. Noch wichtiger wäre jedoch zweitens, dass den von ihr herausgearbeiteten Grundprinzipien der sozialen Marktwirtschaft bereits in allgemeinbildenden Schulen mehr Bedeutung geschenkt würde. Dies wäre ein wichtiger Beitrag, um grundlegende Defizite in der ökonomischen Bildung der Bevölkerung künftig zu verringern.

Position #30 vom 22. Mai 2009

Literatur

Aberle, G. et al. (2009), Rettet die Wirtschaftspolitik an den Universitäten! Ein Aufruf von 83 Professoren der Volkswirtschaftslehre. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 27. April 2009: 12.

Bachmann, R. und H. Uhlig (2009), Die Welt ist nicht schwarz oder weiß, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 30. März 2009: 10.

Bauer, Th. K., M. Fertig und Ch. M. Schmidt (2009), *Empirische Wirtschaftsforschung*. Eine Einführung. Berlin, Heidelberg: Springer.

Beise, M. (2009), Humboldt und die Konjunktur. *Süddeutsche Zeitung* 14.10.2008: 2.

Fuest, C. (2006), Die Stellung der Ordnungspolitik in der Ökonomik. Zeitgespräch „Abkehr von der Ordnungspolitik in der Ökonomie?“ *Wirtschaftsdienst* 86 (6): 11-14.

Goldschmidt, N. (2006), Vom Nutzen der Ordnungsökonomik angesichts einer mathematisierten Wirtschaftswissenschaft. Zeitgespräch „Abkehr von der Ordnungspolitik in der Ökonomie?“ *Wirtschaftsdienst* 86 (6): 14-18.

Heckman, J.J. (2001), Micro Data, Heterogeneity, and the Evaluation of Public Policy: Nobel Lecture. *Journal of Political Economy* 109 (4): 673-748.

Horn, K. (2008), Der Bankrott der Ökonomen. *Internationale Politik* 2008 (Dez.): 54-55.

Hüther, M. (2009), Die Krise als Waterloo der Ökonomik. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16.3.2009: 12.

Lucke, B. (2006), Ablösung der Ordnungspolitik durch mathematische Methoden? Zeitgespräch „Abkehr von der Ordnungspolitik in der Ökonomie?“ *Wirtschaftsdienst* 86 (6): 7-10.

Naím, M. (2009), Missing Links: An Intellectual Bailout. *Foreign Policy* 2009 (Jan./Feb.): http://www.foreignpolicy.com/story/cms.php?story_id=4606.

Plickert, Ph. (2009), Wirtschaftspolitik wird an den Rand gedrängt. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 2.3.2009: 10.

Priddat, B.P. (2006), Volkswirtschaftslehre als Idealversagen des Marktes und der Theorien. Zeitgespräch „Abkehr von der Ordnungspolitik in der Ökonomie?“ *Wirtschaftsdienst* 86 (6): 22-25.

Quo vadis, Ökonomik?

Ritschl, A. (2009), Am Ende eines Sonderwegs. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16.3.2009: 12.

Schmidt, Ch.M. (1999), Knowing What Works. IZA Discussion Paper 77. Bonn.

Schmidt, Ch.M. (2007), Policy Evaluation and Economic Policy Advice. *ASTA - Advances in Statistical Analysis* 91 (4): 379-389.

Schmidt, Ch.M. (2009), Grenzen der Erkenntnis. *Wirtschaftswoche*, 9.3.2009: 44.

Schmidt, Ch.M. und N. aus dem Moore (2009), Quo vadis, Ökonomik? *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 22.5.2009: 14.

Starbatty, J. (2009), Den Teufel nicht mit dem Beelzebub austreiben. Die Politische Meinung 471. Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin.

Storbeck, O. (2009a), Der Kölner Emeriti-Aufstand. *Handelsblatt*, 16.2.2009: 9.

Storbeck, O. (2009b), Gar nicht weltfremd. *Handelsblatt*, 2.4.2009: 8.

Vanberg, V. (2009), Die Ökonomik ist keine zweite Physik. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16.3.2009: 12.

von Weizsäcker, C.Ch. (2009), Ihr Papier zum Fach Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln. Offener Brief an Herrn Professor Dr. Christian Watrin. Max-Planck-Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern, Bonn.

Wagner, G.G. (2006), Volkswirtschaftslehre und Politikberatung. Zeitgespräch „Abkehr von der Ordnungspolitik in der Ökonomie?“ *Wirtschaftsdienst* 86 (6): 19-22.

Willgerodt, H. (2009), Von der Wertfreiheit zur Wertlosigkeit. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 27.2.2009: 12.

Position #30 vom 22. Mai 2009



rheinisch-westfälisches institut
für wirtschaftsforschung

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.
Hohenzollernstraße 1-3
45128 Essen

Büro Berlin
Hessische Straße 10
10115 Berlin

Das RWI ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.

Zuletzt erschienene Positionen des RWI

- #29 Einkommensteuer senken, Pendlerpauschale abschaffen
- #28 Senkt die Einkommensteuer jetzt!
- #27 Ursachen der Finanzmarktkrise: Wer hat versagt?
- #26 CO₂-Emissionshandel: Auswirkungen auf Strompreise und energieintensive Industrien
- #25 Für eine stabilitätsorientierte Geldpolitik
- #24 Das Mittelstandsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen und seine mögliche Zukunft Ungerechte Gerechtigkeit
- #23 Ungerechte Gerechtigkeit
- #22 Mindestlöhne ohne Reue - eine aussichtsreiche Option für Deutschland?
- #18.2 Photovoltaik: Wo viel Licht ist, ist auch viel Schatten
- #21 Stellungnahme zum Steinkohlefinanzierungsgesetz

Die RWI Positionen im Internet: www.rwi-essen.de/positionen